



## Niederschrift

66. Plenarsitzung des Gemeinderates  
16. Juli 2024, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

**Punkt 19 der Tagesordnung: Empfehlung des Bürgerrates "Ernährung im Wandel" - Kostenfreies Mittagessen an Kitas und Schulen**

Antrag: DIE LINKE.

Vorlage: 2024/0174

## Beschluss:

Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

## Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Ablehnung (6 Ja, 39 Nein)

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 19 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Jugendhilfeausschuss am 26. Juni 2024 und im Schulbeirat am 3. Juli 2024; verwiesen aus der Gemeinderatssitzung vom 19. März 2024.

**Stadträtin Binder (DIE LINKE.):** Es wird meine letzte Rede in diesem Gemeinderat sein, und deshalb bin ich froh, dass ich dieses Thema heute noch einmal zur Sprache bringen kann. Mir geht es im Wesentlichen um dieses kostenfreie Mittagessen an Kitas und Schulen. Ich denke, wir sollten die Möglichkeit nutzen, dass ein Bürgerrat, der auf der Bundesebene mit 160 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus ganz Deutschland zusammengesetzt war, der sich mit diesem Thema Ernährung beschäftigt hat - auf Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und DIE LINKE wurde dieser Bürgerrat aktiv -, der sich zum Thema Ernährung im Wandel zwischen Privatangelegenheit und staatlichen Aufgaben intensiv beschäftigt hat, mit einer ganz großen Mehrheit zu dem Schluss kam, dass das Thema des kostenfreien Mittagessens für Kinder das wichtigste, die höchste Priorität hat und das wichtigste überhaupt ist für ganz Deutschland. Deshalb bin ich sehr betrübt darüber, dass die Stadtverwaltung davon ausgeht, im Moment gibt es noch nichts, keine Gegenfinanzierung von Bund und Land, keine Förderung. Wir sind in der Lage, das schnell umzusetzen, wenn es dann so weit ist.

Ich bin aber der Auffassung, dass die Stadt proaktiv agieren sollte und tatsächlich beim Bund, beim Land die Anträge stellen, auch wenn es dafür bisher noch kein, wie sagt man, ordnungsgemäßes Vorgehen gibt. Ich denke, es ist wichtig, dass man hier unkonventionell

vorgeht und Anträge stellt beim Sozialministerium, beim Gesundheitsministerium, beim Ernährungsministerium, denn das sind die Zuständigen. Die Gesundheit wird ausdrücklich als positive Entwicklung gesehen, wenn Kinder anständig, ausgewogen ernährt werden. Wir wissen, dass für viele Kinder in der Schule tatsächlich auch das Ergebnis ihres Lernens davon abhängt. Deshalb ist aus meiner Sicht diese Umsetzung der Empfehlung des Bürgerrats ein vordringliches Thema. Da würde ich mir wünschen, dass die Stadtverwaltung tatsächlich Bund und Land auf die Zehen tritt und das aktiv einfordert, was hier der Bürgerrat empfohlen hat und wo ich voll dahinter stehe, und ich mir wünsche, dass wir in Karlsruhe dieses beitragsfreie Kita- und Schulessen noch umsetzen können zu meinen Lebzeiten. Das wäre mir mein Herzensanliegen. Deshalb bitte, liebe Stadtverwaltung, tut was dafür, fordert diese Mittel ein, damit es umgesetzt werden kann.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Es ist, wie gesagt wurde, eine Empfehlung des Bürgerrats. Diese Empfehlung ging an den Bundestag und nicht an die Kommunen. Für die kostenfreie Schulverpflegung gilt das Gleiche wie für die Kitas, denn nur wenn Bund, Länder und Kommunen sich gemeinsam beteiligen, lässt sich dies umsetzen. Das zeigt schon allein die Antwort, die Stellungnahme der Stadtverwaltung, dass wir aktuell 16 Millionen mehr aufwenden müssten, wenn wir dieses kostenlose Essen in Kitas und in der Schule ermöglichen würden. Allerdings haben wir eine viel größere Herausforderung. Wir haben die Herausforderung, die Qualität der Schulverpflegung zu sichern. Denn genau das hilft den Kindern, die aus Familien kommen, die kein vernünftiges Essen bekommen. Für die ist es extrem wichtig, dass wir eine gute, eine gesunde und eine nachhaltige Schulverpflegung bekommen. An dieser Stelle haben wir uns, wir GRÜNEN, aber auch praktisch gemeinsam im Gemeinderat dafür engagiert, dass wir mehr Qualität in die Schulverpflegung bekommen. Wir haben mittlerweile erreicht, dass wir 40 Prozent Bio-Anteil haben. Wir haben erreicht, dass 50 Prozent regionale Produkte mit enthalten sind. Wir haben Zusatzkriterien, klimaneutrale Anlieferung, und vieles andere haben wir erreicht.

Jetzt geht es darum, dass wir diese Qualität weiterentwickeln. Was wir auch erreicht haben, und das ist ganz zentral für die Qualität, ist, dass wir eine verbindliche Orientierung an den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft haben. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung ist das wissenschaftliche Gremium, das genau festlegt, welche Komponenten, wie die Zusammensetzung der Produkte aussehen muss, damit die Ernährung gesund ist für die Kinder und nachhaltig. Wir haben auch inzwischen eine Evaluation beantragt, die ist inzwischen im Schulbeirat vorgestellt worden. Da wurde bestätigt, dass wir qualitativ mit diesem, was wir erreicht haben, schon gut dastehen. Der nächste Schritt ist jetzt, dass wir tatsächlich auch das Essen so weiterentwickeln müssen, dass es den Kindern schmeckt. Das ist die große Herausforderung.

Jetzt noch einmal etwas, weil die CDU häufig gesagt hat, vor allem Kollege Hofmann gesagt hat, dass wir mehr Fleisch anbieten sollen, als jetzt den Kindern angeboten wurde. Im Schulbeirat waren die Schüler vertreten, die gesamte Schülerversammlung der Karlsruher, und die haben gesagt, das wollen sie nicht. Sie wollen die Qualität, und deshalb wird jetzt der nächste Schritt sein, dass man intensiver mit den Caterern arbeitet. Diesen Weg wollen wir gehen. Die Kostenfreiheit steht in der Perspektive, aber im Augenblick können wir die nicht leisten.

**Stadtrat Müller (CDU):** Ich mache es wesentlich kürzer, weil ich beziehe mich tatsächlich nur inhaltlich auf den Antrag und möchte hier einer Grundsatzdebatte über Qualität, und

was auch immer geartet, erst gar nicht Folge leisten. Wir haben alle noch einen Anschlusstermin, den wir alle sehr gerne auch pünktlich wahrnehmen wollen. Somit in aller Kürze, die Stellungnahme auf diesem Antrag hat es relativ trefflich zusammengefasst. In der Tat geht es darum, dass ein beitragsfreies Schul- und Kita-Mittagessen durchaus wünschenswert wäre, aber sicherlich nicht in einer alleinigen Verantwortung durch eine Kommune umzugestalten und umzusetzen wären, weil wir es tatsächlich schon aus haushalterischen Gründen gar nicht leisten könnten. Selbst wenn wir diese Förder- und Landes- und Bundesförderungen hätten für einen beitragsfreien oder zumindest mal einen Ansatz zu einem beitragsfreien Mittagessen hätten, dann müssten wir uns immer noch unterhalten, wie denn dann beispielsweise auch eine kommunale Beteiligung in welcher Höhe ausfallen würde. Diese Diskussion gilt es abzuwarten, weil es dann auch haushaltsrelevante Diskussionen wären.

Dann ist noch eins, was hier noch gar nicht zur Sprache gekommen ist. Durch das Bildungs- und Teilhabeprogramm haben wir schon für die armutsgefährdete Kinder eine Beitragsfreiheit, schon heute. Also ganz so schlecht sieht es gar nicht aus, weil wir im Prinzip genau diesen Grundstock für armutsgefährdete Kinder gesichert haben durch dieses Bundesprogramm. Alles andere müssen wir einfach abwarten. Da beteiligen wir uns auch ganz gerne wieder in eine Diskussion, in welcher Art wir dann auch zurande kommen können. Aber ganz klar unter einem haushalterischen Ansatz, den wir immer im Auge behalten müssen.

**Stadträtin Moser (SPD):** Ich möchte mich gleich im Anfang auch noch von allen von euch verabschieden, falls ich euch nicht mehr sehen kann und das heute Abend nicht möglich ist. Vielen Dank für alles.

Aber jetzt zum Antrag, so wünschenswert der Antrag ist beziehungsweise nicht der Antrag, sondern das kostenlose Mittagessen natürlich, so können wir überhaupt nicht mitgehen leider, weil die Haushaltssituation das nicht zulässt, unserer Meinung nach. Wir haben schon in den letzten Jahren ganz viel für die Qualität des Mittagessen getan, sei es ein Bio-Anteil, die Richtlinien nach der DGE, die Entfernung des Caterers und so weiter. Das haben wir alles gemeinsam gemacht. Liebe Renate, ich habe dich schon im Jugendhilfeausschuss daran erinnert, aber es hat nicht gefruchtet. Deswegen möchte ich darauf verweisen, dass erst der Bund und das Land in der Pflicht sind. Wenn die dann ihr Go gegeben haben, dann bin ich überzeugt davon, dass die Verwaltung alles Mögliche macht, damit wir auch den entsprechenden Zuschuss bekommen. Im Übrigen zahlen wir schon vom Mittagessen rund 50 Prozent, also die Eltern zahlen 4 Euro, und das Mittagessen kostet doppelt so viel, wenn es überhaupt reicht.

**Stadtrat Wenzel (FW|FÜR):** Auch ich in meiner letzten Rede habe mir diesen Antrag ausgesucht, weil der exemplarisch für meine letzten 15 Jahre ist. Wir nehmen hier Probleme auf, die, sage ich mal, ein Bürgerrat, wenn man die Zusammensetzung anguckt, ein sehr elitärer Club ist, der nicht die Bevölkerung darstellt aufgrund seiner hohen Anzahl an Veganer und Vegetarier und Akademiker mit fast ein Viertel. Letztendlich ist es ein frommer Wunsch, der leider in der Kommune, leider aufgrund von Kosten nicht tragbar ist. Die Verwaltung hat sich in ihrer Stellungnahme darauf bezogen. Man muss sich einfach überlegen, was wir in diesen letzten Jahren nicht alles machen wollten und tun wollten. Hier haben wir allein, was die Verwaltung sagt, 16 Millionen Euro, die wir an anderer Stelle haben. Der fromme Wunsch gilt, der fromme Wunsch von mir an die Mitglieder dieses

Vereins und Clubs, genau das war betont, ist, macht weiter so. Es wird nicht einfacher, es wird schwieriger, und ich denke, dieser Antrag wird auch nicht zur Abstimmung kommen.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Stellvertretend für alle Stadträte, die heute zum letzten Mal dabei sind, an Frau Rastätter, Frau Moser und Herrn Wenzel, vielen Dank für Ihren Beitrag und auch für alle anderen Beiträge, die Sie geleistet haben.

Ich will kurz darauf eingehen, der Hinweis von Herrn Wenzel zum Bürgerrat ist sicher hilfreich. Wenn man sich anschaut, wie in den Schulen die Schülervertreter gewählt werden, kann man auch Zweifel haben, ob diese Wahl wirklich repräsentativ ist für die Interessen der Schüler. Frau Moser hat gesagt, viele Kriterien spielen eine Rolle für die Auswahl des Schulessens, Bio-Anteil, Entfernung des Caterers. Und da wir das erst in der letzten Sitzung beraten haben, möchte ich noch darauf hinweisen, zusätzliches Kriterium, die Anlieferung muss mit dem Elektroauto erfolgen. Zu diesen Kriterien kommt jetzt, Frau Rastätter, auch noch Ihre Forderung, es soll auch noch schmecken. Ich finde es schön, dass das jetzt doch noch von Ihnen gefordert wird. Das war nämlich das, was ich die ganzen Jahre immer gesagt habe. Es ist am wichtigsten, dass es schmeckt. All die anderen Kriterien sind unwichtig. Es muss schmecken, damit die Kinder es essen. Dazu gehört für uns als AfD, dass es eine echte Wahlfreiheit gibt und dass es nicht nur zweimal die Woche Fleisch gibt, sondern dass jeden Tag der Woche die Möglichkeit bestehen soll, Fleisch auszuwählen. Das heißt nicht, dass man es nehmen muss, aber es soll die Möglichkeit bestehen. Deswegen sind wir der Meinung, dass die Wahlfreiheit wichtiger ist als die Kostenfreiheit. Die Qualität des Essens muss verbessert werden. Und dass wir natürlich keine 16 Millionen Euro übrig haben, um das jetzt mal einfach so zu finanzieren als Stadt, darüber haben wir in der Vergangenheit auch gesprochen. Für uns ist wichtig, dass die Qualität stimmt, und dementsprechend werden wir den Antrag ablehnen und hoffen, dass sich qualitätsmäßig bei dem Schüleressen in Zukunft wirklich etwas verbessert.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE):** Ich will nur noch mal zum Protokoll geben, wahrscheinlich auch im Namen von den gerade Aufgerufenen, dass wir sicherlich kein Lob für unsere Arbeit von rechts außen brauchen.

**Der Vorsitzende:** Damit kommen wir zur Abstimmung, und ich bitte Sie um ihr Votum ab jetzt. - Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
2. August 2024